



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Mag.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0154-II/2/e/2016

Wien, am 21. März 2016

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mölzer und weitere Abgeordnete haben am 29. Jänner 2016 unter der Zahl 7955/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreich will Polizisten nach Slowenien und/oder Kroatien entsenden“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Österreichische Polizisten befinden sich derzeit in Slowenien und Mazedonien im Einsatz, um die slowenische und mazedonische Polizei beim Migrations- und Grenzmanagement zu unterstützen.

Zu Frage 2:

Nach Slowenien wurden 15 und nach Mazedonien 7 Beamte entsendet.

Zu Frage 3:

Die tatsächliche Höhe der Kosten kann erst nach Abschluss der Entsendungen beziffert werden. Im Durchschnitt betragen die Gesamtkosten (Personal- und Sachaufwand) für die Entsendung eines Polizisten ins Ausland pro Monat ungefähr € 9.500,--.

Zu Frage 4:

Der Einsatz der 15 Polizisten in Slowenien begann am 9. November 2015 und dauert noch an. Der Einsatz der sieben Polizisten in Mazedonien begann am 22. Februar 2016 und dauert noch an.

Zu Frage 5:

Die Entsendung von österreichischen Polizisten nach Slowenien und Mazedonien

- dient der Unterstützung der örtlichen Grenz- und Fremdenpolizeibehörden bei der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung, sowie der konsequenten Registrierung der weiterreisenden Migranten mit dem Ziel der besseren Kontrolle und Reduktion des Migrationsstromes auf der Westbalkanroute,
- trägt zu einem geordneten Migrationsmanagement in Slowenien/ Mazedonien bei und wirkt sich direkt auf die österreichische Situation aus,
- dient der Informationsgewinnung für Österreich betreffend Migrationsbewegung und Reiserouten und erleichtert damit die Vorbereitung und Umsetzung nationaler Maßnahmen zur Bewältigung der gegebenen Herausforderungen,
- ermöglicht Koordinierungsmaßnahmen und Absprachen auf kurzem Wege
- ermöglicht im Fall von humanitären Einzelfällen effiziente Zusammenarbeit bei der Übergabe/ Übernahme der Personen.

Zu Frage 6:

Nachdem Slowenien und Mazedonien die EU-Mitgliedstaaten um Unterstützung bei der Bewältigung der Migrationslage ersucht haben, erklärten sich neben Österreich bisher folgende Staaten bereit, Polizisten zu entsenden: Belgien, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn.

Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

